

5./6. Mai 2007
Der Standard

Mehr Staatsgeld für Nahverkehr gibt es nur für Fußball-EM Der mit der Mineralölsteuer-Erhöhung versprochene Ausbau des Öffi- Angebots lässt sich im Doppelbudget 2007/08 kaum nachvollziehen

Wien - Den auf Klimaschutzgipfeln und in Budgetreden versprochenen Geldsegen für den öffentlichen Personennah- und Regionalverkehr gibt es in erster Linie auf dem Papier. Wohl sind zusätzliche Gelder budgetiert und einzelne Posten im Bundeshaushalt 2007 und 2008 höher dotiert, ob Pendler und auf Öffis angewiesene Fahrgäste von den angepriesenen Wohltaten tatsächlich etwas spüren werden, bleibt aber abzuwarten.

Am auffälligsten, weil eindeutig identifizierbar, ist die Steigerung im Jahr 2008. Da gibt es 6,7 Millionen Euro mehr. Das allerdings nicht für die in der Klimaschutzdebatte und nach der Mineralölsteuer-Erhöhung versprochenen "zusätzlichen Verkehrsdienste der Länder und Gemeinden", sondern ausschließlich für die EURO 2008, also das einmalige Ereignis Fußball-EM.

Zusätzliche Verkehrsdienste

Für die zusätzlichen Verkehrsdienste, die der Bund laut Gesetz für den Öffentlichen Personennah- und Regionalverkehr (ÖPNRV) jährlich höher dotieren müsste, gibt es de facto weniger Geld, weil nicht einmal die Teuerungsrate aufgeschlagen wurde. Gab der Bund dafür 2006 noch 1,2986 Mio. Euro aus, gibt er 2007 und 2008 nur mehr je 1,174 Mio. Euro frei - das dafür gerecht verteilt auf acht Verkehrsverbünde, egal, wie deren Passagierzahlen aussehen.

Dagegen sind die je 506.000 Euro für Schülerintegration und je 100.000 für Tarifierungssysteme wie die sprichwörtlichen Peanuts. Unterm Strich ergibt das im Jahr 2007 magere 3,743 Mio. Euro (nach 6,015 im Jahr 2006), die 2008 ausschließlich durch die EM-Millionen auf 10,443 Mio. Euro aufgefettet werden.

Nicht weniger knausrig ist der Bund bei den gesetzlichen Aufwendungen für zusätzliche Verkehrsdienste: Alle Länder zusammen bekommen pro Jahr 6308 (in Worten: Sechstausenddreihundertacht) Euro mehr, die Gemeinden immerhin 39.462 Euro.

Kaum Spielraum

Damit ist klar: Die von Verkehrsminister Werner Faymann verkündete Erhöhung der Budgets der Verkehrsverbünde von 63,597 auf 77,604 Mio. Euro (2007) und für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen (Schüler- und Lehrlingsfreifahrten, Sondertarife für Pendler und Pensionisten, rollende Landstraße und Gefahrguttransporte) von 620,59 auf 622,59 Mio. Euro (steigt 2008 auf 680,58 Mio. Euro) bietet praktisch kaum Spielraum für zusätzliche Zug- und Busverkehre. "Das Geld kann genauso gut in Dieselpreiserhöhungen versickern, so intransparent, wie es vergeben wird", kritisiert die grüne Verkehrssprecherin Gabriela Moser. Bei den zum Großteil für die ÖBB bestimmten Millionen für gemeinwirtschaftliche Leistungen gibt es allerdings noch Spielraum: 2006 waren für den Personenverkehr 457 Mio. Euro geplant, abgerufen wurden aber 539. (Luise Ungerboeck, DER STANDARD, Print-Ausgabe, 5./6.5.2007)

Link zum Online-Artikel:
<http://derstandard.at/?url=/?id=2868728>